



Presseschau vom 29.11.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipp:

Alexander Boos: **Weltkriegsgefahren aufhalten: „Wandel zum Frieden einleiten!“ – Gespräch zum 27. „Friedensratschlag“**

Die traditionsreiche Veranstaltung „Friedensratschlag“ lädt am 6. Dezember zum 27. Mal Friedensaktivistinnen und Aktivisten zu anregenden Gesprächen ein. Besprochen wird unter anderem das Thema „Gute Nachbarschaft mit Russland“. Sputnik spricht darüber mit dem Politologen und Organisator Klaus Moegling, der auch die aktuelle Weltlage einschätzt. ...
<https://sptnkne.ws/E4u5>

Seyed Alireza Mousavi: **Bevorstehende Machtübergabe in den USA: Unerwartete Ereignisse im Nahen Osten**

Pompeo besuchte die besetzten Golanhöhen. Netanjahu und bin Salman trafen sich heimlich in Saudi-Arabien. Huthi-Rebellen starteten erneut einen Raketenangriff auf saudische Ölanlagen. Der neue Nahe Osten wird nun durch eine ganze Kette von Ereignissen sichtbar.

...

<https://kurz.rt.com/2cn7>

abends/nachts:

wpered.su: In Donezk wurde das N.P. Ragosin-Zentrum für politische Bildung beim ZK

der KP der DVR eröffnet

Am 28. November wurde in Donezk das N.P. Ragosin-Zentrum für politische Bildung bei ZK der KP der DVR eröffnet. In seinem Rahmen werden Bildungsveranstaltungen für das Parteiaktiv und alle interessierten Personen über die Grundlagen des Marxismus-Leninismus stattfinden, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Als Grundlage der Arbeit des ZPB beim ZK der KP der DVR werden methodische Empfehlungen, Unterrichtsprogramme und Pläne, die von der KPRF erarbeitet wurden, genutzt werden. Natürlich werden die Materialien an unsere Realität angepasst werden. Der Unterricht soll zweimal im Monat sonntags stattfinden. Es ist geplant, dass jede Unterrichtseinheit aus zwei Blöcken besteht. Der erste wird einem der Gebiete des Marxismus-Leninismus – Philosophie, politische Ökonomie, wissenschaftlicher Kommunismus, der Praxis beim Einsatz des Gelernten unter heutigen Bedingungen - gewidmet sein. Der zweite Block wird dem Parteaufbau, der politischen Praxis, den Problemen der Herausbildung unserer Republik, dem weltweiten politischen Prozess gewidmet sein.

Es gibt eine Reihe vorläufiger Vereinbarungen mit einer Reihe russischer Wissenschaftler, Politiker und Publizisten über deren Beteiligung in unserem ZPB. Vieles wird von der epidemiologischen Situation abhängen.

Ich hoffe, dass auch unsere Wissenschaftler an der Arbeit des ZPB teilnehmen werden. In der DVR gibt es nicht wenige erfahrene, patriotisch gesinnte Spezialisten, die ihr Wissen denen, die unsere Staatlichkeit tatsächlich stärken, eine sozial gerechte Gesellschaft aufbauen wollen, die anstreben, im Bündnis mit Russland einen neuen sowjetischen sozialistischen Staat zu bilden, weitergeben könnten.

Unser ZPB ist keine geschlossene Einrichtung. Wir planen, dass Hörer des ZPB nicht nur Kommunisten sein sollen, sondern auch Anhänger einer sozialen Entwicklung des Staates, Mitglieder der sich bildenden Volkspatriotischen Union der DVR, Träger der öffentlichen Meinung, Studenten, alle, die politisch aktive Bürger der DVR sind, die bereit sind, für echte Volksmacht und einen Staat für die Werktätigen zu kämpfen. Das Volk träumte bei der Gründung der DVR, einen solchen Staat aufzubauen. Und wir, die Organisatoren und Hörer des ZPB beim ZK der KP der DVR werden das Bewusstsein unserer Bürger bilden, die in der Lage sind, die gesamte Gesellschaft hinter sich zu bringen, um unser Ziel zu erreichen – die Stärkung und Entwicklung der Donezker Volksrepublik, eines friedlichen Landes, das zur gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit mit allen Staaten bereit ist, die einen sozialistischen Weg gemeinsam mit dem Volk der Russischen Föderation gehen“, sagte der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow bei der Eröffnung des ZPB.

Nach seiner Rede überreichte Boris Litwinow neuen Mitgliedern der KP der DVR ihre Parteibücher.

Die Eröffnung des Zentrums fand zum 200. Geburtstag F. Engels‘ statt. Gleichzeitig begann ein Zyklus von Vorlesungen unter der Bezeichnung „Engelssche Lesungen – 2020“, in dessen Rahmen die grundlegenden Werke eines der Begründer der Marxismus behandelt werden. Das Zentrum wurde nach dem herausragenden Marxisten Nikolaj Ragosin benannt, der vor einigen Wochen in Donezk starb. Die Anwesenden ehrten sein Andenken mit einer Schweigeminute.

Zur Eröffnung des Zentrums hatten Vertreter der SKP-KPSS, der DKP, der Russischen Wissenschaftler mit sozialistischer Ausrichtung und der Chefredakteur der marxistischen Zeitschrift „Alternativen“ Alexandr Busgalin Grüße geschickt. Außerdem wurde bei der Veranstaltung eine Videobotschaft von Tatjana Eduardowna, der Witwe Nikolaj Ragosins, gezeigt.

Zum Leiter des Zentrums wurde Stanislaw Retinskij ernannt, der in der Partei die Funktion des Sekretärs für ideologische Fragen des Zentralkomitees hat. Zum Zweck des Studiums des Marxismus übergab er zwischen den Vorlesungen des ZPB den örtlichen Organisationen der

KP der DVR entsprechende Literatur.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/11/CPU-13-768x432.jpg>

de.sputniknews.com: **Migranten-Abwehr in Ägäis: Bundespolizei an möglicherweise illegaler Aktion beteiligt – Medien**

Die Bundespolizisten sind bei einem umstrittenen Einsatz gegen Migranten in der Ägäis zwischen Griechenland und der Türkei dabei gewesen, berichten Medien unter Verweis auf ein Schreiben des Chefs der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, an die EU-Kommission.

Neben dem „Spiegel“ habe auch „Report Mainz“ den internen Bericht einsehen können. Das Bundesinnenministerium bestätigte der Deutschen Presse-Agentur (dpa) auf Anfrage die groben Züge des Einsatzes, soweit die Bundespolizei involviert war.

Wie der „Spiegel“ berichtet, entdeckte ein griechischer Beobachtungsposten am Morgen des 10. August ein Schlauchboot mit Migranten auf dem Meer, das sich bereits eindeutig in griechischen Gewässern befunden habe. Das Bundespolizei-Schiff „Uckermark“ sei eine Viertelstunde später vor Ort gewesen und habe 40 Menschen auf dem überfüllten Schlauchboot vorgefunden. Die Besatzung habe niemanden an Bord genommen, sondern auf die griechische Küstenwache gewartet. Das habe dem Befehl entsprochen, schreibt Frontex laut „Spiegel“ in dem internen Bericht. Die „Uckermark“ habe das Boot bis zum Eintreffen der Griechen an der Weiterfahrt gehindert.

Ein zwei Stunden später aufgenommenes Foto der türkischen Küstenwache zeigt laut „Spiegel“ die Rettung von 40 Migranten aus einem Schlauchboot durch türkische Sicherheitskräfte. Im Raum steht der Verdacht einer nach internationalem Recht illegalen Ausweisung ohne vorherige Prüfung etwa einer Bitte um Asyl (Pushback).

Die griechischen Behörden, die Leggeri laut „Spiegel“ zitiert, sprachen von einer „verhinderten Einreise“, die Migranten hätten freiwillig den Rückweg angetreten. Auf Frontex-Nachfrage habe es geheißen, die Küstenwache habe „Grenzschutzmaßnahmen ergriffen, um die Ankunft auf Samos zu verhindern“.

Bundesinnenministerium nimmt Stellung

Die deutschen Einsatzkräfte hätten im Rahmen des Frontex-Einsatzes Poseidon gehandelt und seien griechischen Behörden unterstellt gewesen, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums. Auf deren Bitten seien sie zu dem Schlauchboot gefahren und dann bis zum Eintreffen der Küstenwache vor Ort geblieben.

„Angaben zum Sachverhalt haben die deutschen Beamtinnen und Beamten vorschriftsgemäß den griechischen Behörden und Frontex gemeldet“, gab sie an. „Belastbare Beweise oder gesicherte Erkenntnisse darüber, diesen Sachverhalt als sogenannten Pushback anzusehen,

liegen bisher nicht vor.“ In zwei Wochen werde der Frontex-Verwaltungsrat sich erneut mit Vorwürfen von Pushbacks befassen.

SPD-Politiker fordert Rückzug der Bundespolizei

Der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Schwabe, fordert einen Rückzug der Bundespolizei aus der Ägäis: „Deutsche dürfen sich auf keinen Fall an Pushbacks beteiligen, auch nicht indirekt. Und wenn Frontex das nicht sicherstellen kann, muss das deutsche Kontingent zurückgezogen werden“, sagte er dem „Spiegel“.

Wenig Rücksicht vonseiten der griechischen Küstenwache

Es gab bereits mehrmals Berichte, wonach griechische Grenzschrützer Schlauchboote mit Migranten an Bord in der Ägäis in Richtung Türkei zurücktreiben.

„Spiegel“, „Report Mainz“ und andere internationale Medien hatten im Oktober berichtet, dass griechische Grenzschrützer Schlauchboote mit Migranten an Bord in der Ägäis in Richtung Türkei zurücktreiben. Sie beriefen sich dabei auf Angaben Betroffener sowie auf Videoaufnahmen. Den Berichten zufolge waren seit April 2020 bei mehreren dieser Aktionen Frontex-Beamte in der Nähe.

So soll in einem Fall ein Frontex-Schiff ein überladenes Boot mit Migranten zunächst blockiert, die Insassen aber nicht aufgenommen haben. Stattdessen seien die Beamten „mit hohem Tempo“ an dem Boot vorbeigefahren und hätten den Ort verlassen. Auf weiteren Videos sei zu sehen, wie die griechische Küstenwache das Schlauchboot später weiter in Richtung Türkei zurückschiebt.

In einem anderen Fall soll ein Frontex-Überwachungsflugzeug den Standort überflogen haben.

Auch deutsche Soldaten haben in der Ägäis bereits mehrfach beobachtet, wie Boote mit Migranten auf dem Weg in Richtung Griechenland in türkische Gewässer zurückgedrängt werden. Nach Informationen der dpa wurden im Juni drei solcher Vorfälle dokumentiert. Menschenrechtsorganisationen haben Athen schon mehrfach vorgeworfen, die illegalen Zurückweisungen zu erlauben. Athen bestreitet dies.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32450/43/324504350_0:300:4000:2460_1000x0_80_0_1_196610b0abc901c21221a7a0ecb69daf.jpg

vormittags:

deutsch.rt.com: Ungarns Außenminister Péter Szijjártó spricht von EU-Lobby gegen ausländische Corona-Impfstoffe

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat sich in einem Interview für den TV-Sender "Rossija 24" über eine starke Lobby gegen ausländische Corona-Impfstoffe in der EU beschwert. Der Diplomat plädierte für eine Produktion eines russischen Vakzins in seinem Land.

Der ungarische Chefdiplomat Péter Szijjártó hat am Freitag in einem Interview für den russischen Fernsehsender Rossija 24 das Interesse seines Landes bekundet, möglichst schnell einen sicheren SARS-CoV-2-Impfstoff zu bekommen. Ihm zufolge gibt es aber in der EU eine starke Lobby gegen ausländische Vakzine:

„Es gibt zwar eine starke Lobby gegen Impfstoffe, die außerhalb der Europäischen Union entwickelt werden. So ist das Leben. Aber wir sind schon daran gewöhnt und haben mehrmals gezeigt, dass keine Lobby im Stande ist, uns davon abzubringen, die Interessen der Ungarn auf die erste Stelle zu setzen.“

Der Außenminister fügte hinzu, die Regierung in Budapest wäre sehr froh, wenn man im Land die Produktion des russischen Corona-Impfstoffs "Sputnik V" in Gang setzen könnte. Das könnte aber bis zu anderthalb Jahre in Anspruch nehmen:

„Wir schauen, ob es möglich ist, diese Frist zu verkürzen. Wenn dafür so viel Zeit erforderlich ist, dann ist das Projekt natürlich wettbewerbsunfähig. In diesem Fall werden wir uns ausschließlich auf die Ankäufe konzentrieren müssen.“

Szijjártó zufolge hatte man dieses Thema während eines Besuchs des russischen Gesundheitsministers Michail Muraschko in Ungarn am Freitag mit den nationalen Pharmaunternehmen erörtert.

Am Dienstag hatte der Chef des Russischen Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) Kirill Dmitrijew bekannt gegeben, dass seine Organisation die Zulassung des SARS-CoV-2-Impfstoffes durch die EU-Behörden beantragt habe. Dabei schloss er nicht aus, dass die Produktion von "Sputnik V" neben Ungarn auch in Deutschland in Gang gesetzt werden könnte. Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) bestätigte inzwischen ihrerseits, die Verhandlungen mit dem russischen Entwickler eingeleitet zu haben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fc203bd48fbef3cbd3eb5d5.JPG>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. November 2020 wurden **zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Um 10:10 Uhr aus Richtung Luganskoje in Richtung **Losowoje**; Schusswaffen;
um 11:50 Uhr aus Richtung Luganskoje in Richtung Losowoje, großkalibriges Maschinengewehr.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Türkisches Außenministerium verurteilt Ermordung iranischen**

Atomphysikers

Das türkische Außenministerium hat die Ermordung des iranischen Atomphysikers Mohsen Fakhrizadeh-Mahabadi verurteilt und vorgeschlagen, Schritte zu vermeiden, die die Situation in der Region eskalieren lassen könnten.

„Wir verurteilen diesen abscheulichen Mord und sprechen der iranischen Regierung und der Familie des Verstorbenen unser Beileid aus. Die Türkei lehnt jegliche Versuche ab, Frieden und Ruhe in der Region zu stören und tritt gegen alle Arten von Terrorismus auf, unabhängig davon, wer der Täter oder das Ziel ist“, so das türkische Außenministerium in einer Mitteilung am Samstag.

Das Außenamt äußerte den Wunsch, dass alle für diesen Angriff Verantwortlichen identifiziert und vor Gericht gestellt würden, und schlug vor, dass „alle Seiten Maßnahmen vermeiden, die zu einer Eskalation in der Region führen würden“.

Der bekannte iranische Atomphysiker und Raketenexperte Mohsen Fakhrizadeh-Mahabadi war am Freitag infolge eines Anschlags nahe der Hauptstadt Teheran ums Leben gekommen. Nach Informationen der „New York Times“ steckt Israel hinter der Ermordung des Atomphysikers.

Das iranische Verteidigungsministerium bezeichnete den Angriff auf Fakhrizadeh-Mahabadi als einen Terrorakt.

Der Wissenschaftler galt als einer der renommiertesten Verteidigungs- und Raketenexperten im Land. Ihm wird auch eine zentrale Rolle in dem 2003 eingestellten Atomwaffenprogramm der Islamischen Republik nachgesagt.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/1c/328451430_0:3:1500:815_1000x0_80_0_1_f59036819898c55c4ed0141eddd39f37.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. November 3:00 Uhr bis 29. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: automatische Granatwerfer – einmal (13 Granaten);

Richtung Mariupol: Antipanzergranatwerfer – einmal (5 Granaten), Schusswaffen - einmal .

In der Beschusszone von Seiten der der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Kominternowo.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 18.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deutsch.rt.com: **Marija Sacharowa antwortet AKK: "Hat die Bundesverteidigungsministerin die Schlüssel zum Pentagon?"**

Marija Sacharowa hat die Worte von Annegret Kramp-Karrenbauer über Gespräche mit Russland "aus einer Position der Stärke heraus" kommentiert. Die russische Außenamtssprecherin wies die deutsche Verteidigungsministerin auf die "Abhängigkeit" der Bundesrepublik hin.

Nach dem russischen Verteidigungsministerium hat auch das Außenministerium die Worte der deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) scharf kritisiert, wonach mit Russland "aus einer Position der Stärke heraus" verhandelt werden solle. Amtssprecherin Marija Sacharowa schrieb am späten Samstagabend auf Facebook, das Verteidigungsministerium Russlands habe dem deutschen Gegenpart diesbezüglich alles erklärt. Die Diplomatin wolle nun Kramp-Karrenbauer "von Frau zu Frau" antworten. „Deutschland befindet sich bis jetzt in einer zweifelhaft guten, aber bestimmt sehr interessanten Position – der 'eines abhängigen Landes im Sicherheitsbereich'. Das ist bemerkenswerterweise nicht meine Schlussfolgerung. Ich zitiere dabei Annegret selbst, die zugegeben hat, dass die BRD ohne die USA im Militärbereich ganz und gar haltlos ist. Von welcher 'Position der Stärke' kann dann die Rede sein? Gemeint ist offenbar nicht die eigene Stärke. Oder hat Kramp-Karrenbauer die Schlüssel zum Pentagon? Urteilt man danach, wie die US-Botschafter mit ihren deutschen Kollegen sprechen, so stimmt gerade das Gegenteil.

Wollen wir die Tatsachen betrachten.

Auf dem Territorium Deutschlands ist das (nach Japan) größte US-Auslandskontingent stationiert. Das zeugt von dem Charakter der US-Präsenz in der BRD. Denn in anderen Ländern des europäischen Kontinents gibt es um das Zehnfache weniger US-Stützpunkte. Welche Rede kann von einer 'Stärke der deutschen Außenpolitik' sein, da Washington die Bundeskanzlerin abgehört hat, während Berlin lediglich 'stark' zurückgelächelt hat? Erst vor Kurzem hat Deutschland seine Unzufriedenheit mit den Plänen der USA bekundet, die US-Truppen teilweise in andere Länder zu verlagern. Das ist stark, da kann man nichts sagen.

Oder nehmen wir als Beispiel die US-Atomwaffen, die in der BRD lagern. Das mag zwar eine Stärke sein, aber keine eigene. Natürlich lässt man Berlin zu den 'gemeinsamen Atommissionen' der NATO-Mitgliedsstaaten (Nuclear Sharing) zu, aber nur unter Kontrolle, obwohl diese Veranstaltung eigentlich dem Geist und dem Buchstaben des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen widerspricht.

Wenn die Stärke da ist, aber nicht deine ist, wenn du sie nicht kontrollieren kannst und wenn man dich nicht über sie verfügen lässt, während du Angst hast, sie einzubüßen, dann ist das ein Anzeichen der Abhängigkeit. Mit einfachen Worten: Die Position ist schwach.“

Am vergangenen Mittwoch hatte die CDU-Politikerin im Bundestag gesagt, mit Russland solle "aus einer Position der Stärke heraus" verhandelt werden:

„Auch das war immer eine gute Tradition der deutschen Außenpolitik, und das sollte sie für die Zukunft auch bleiben.“

Dem Protokoll zufolge sagte die Bundesverteidigungsministerin weiter, es sei Fakt, dass die russische Seite massiv in die Modernisierung ihrer Streitkräfte investiert habe, dass sie über neue Waffen verfüge und dass die Bedrohung sehr viel evidenter geworden sei. Deutschland müsse seine Position stärken, um aus einer Position der Stärke heraus darunter in Abrüstungsverhandlungen zu kommen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fc34dcdb480cc07de406b2b.jpg>

de.sputniknews.com: **Um coronafrei zu bleiben: Nordkorea verstärkt Grenzkontrollen – Bericht**

Nordkorea, das offiziell noch coronafrei ist, hat strengere Kontrollmaßnahmen an den Staatsgrenzen eingeführt, um die Pandemie vom Land fernzuhalten. Das meldete die staatliche Nachrichtenagentur KCNA am Sonntag.

Laut KCNA wurden auch in der demilitarisierten Zone zwischen Nordkorea und Südkorea Beschränkungen auferlegt. Auch an den Seegrenzen sei ein Kontrollsystem eingerichtet worden – Treibgut werde gesammelt und zerstört.

Die Bürger werden aufgefordert, das etablierte Regelwerk zu befolgen und Notsituationen zu melden.

Nordkoreas Grenzen sind nicht nur für Menschen, sondern auch für Waren versiegelt, da Pjöngjang alle ausländischen Gegenstände ablehnt. Südkoreanische Medien hatten Anfang November berichtet, dass ein nordkoreanischer Beamter hingerichtet wurde, weil er trotz Corona-Beschränkungen Waren importiert hatte.

Im vergangenen Monat erklärte der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un, dass es keine Infektionen mit Sars-CoV-2 im Land gegeben habe.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/1d/328452908_0:119:3072:1781_1000x0_80_0_1_918803b3e1b7f5ea119d63d190ab7770.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 29. November um 9:00 Uhr 1782 Fälle von

Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1552 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 143 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **US-Botschaft: Explosionen in Eritreas Hauptstadt Asmara**

In der Hauptstadt Eritreas am Horn von Afrika ist es nach Angaben der US-Botschaft zu Explosionen gekommen. Am Samstagabend hätten sechs Explosionen Asmara erschüttert, teilte die Botschaft in Asmara in der Nacht zum Sonntag mit.

Sie riet US-Bürgern in Eritrea, zuhause zu bleiben und wegen des andauernden Konflikts in der Region Tigray im Nachbarland Äthiopien wachsam zu sein.

Der Hintergrund der Explosionen war zunächst unklar. Allerdings hatte die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) im Zuge des Konflikts in Tigray vor einigen Wochen Raketen auf Eritrea mit der Begründung abgefeuert, vom Flughafen Asmara würden Luftangriffe auf die TPLF geflogen.

Äthiopiens Regierung hatte Anfang November eine Offensive gegen die TPLF gestartet, die in der nördlichen Region Tigray an der Macht ist. Am Samstag verkündete Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed, die Hauptstadt von Tigray, Mekelle, sei eingenommen und die Offensive sei beendet worden. Die TPLF reagierte zunächst nicht.

Hintergrund des Konflikts sind immer größere Spannungen zwischen Tigray und der Zentralregierung. Die TPLF dominierte Äthiopien mehr als 25 Jahre lang, bis Abiy 2018 an die Macht kam und die TPLF hinausdrängte. Viele Menschen in Tigray fühlen sich von der Zentralregierung nicht vertreten und fordern mehr Autonomie. Im Vielvölkerstaat Äthiopien mit seinen rund 112 Millionen Einwohnern gibt es etliche ethnische Spannungen, die unter Abiy gestiegen sind.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/1d/328453789_0:10:3072:1672_1000x0_80_0_1_4f157260cbabb84ed7e54688cdf15e7d.jpg

мздр.рус: Am 28. November wurden in der DVR 95 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 39 positiv, bei drei Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Symptome gestellt.

Am 29. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 10.610 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4566 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 5080 als gesund entlassen, es gibt 1006 Todesfälle.

Außerdem gab es 13 Todesfälle – Männer im Alter von 48 bis 83 Jahren und Frauen im Alter von 43 bis 83 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 91 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 7 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 55 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1710 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 479 mit Sauerstoffunterstützung (+16 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Anschlag in Afghanistan: 25 Soldaten getötet, mehrere verletzt**

Bei einem Angriff in der afghanischen Provinz Ghasni sind mindestens 25 Soldaten getötet und viele weitere Sicherheitskräfte verletzt worden, melden Provinzräte am Sonntag. Ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug soll in einen Militärstützpunkt eingedrungen und dort detoniert sein. Zunächst bekannte sich niemand zu der Attacke.

Im dritten Quartal 2020 hat es laut einem Bericht im Durchschnitt etwa doppelt so viele Angriffe pro Tag gegeben wie im Quartal davor, so der US-Generalinspekteur für den Wiederaufbau in Afghanistan (Sigar). In dem gleichen Zeitraum hätten die afghanischen Kräfte die Anzahl ihrer Bodenoperationen ebenfalls um rund 50 Prozent gesteigert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum habe es sogar eine Verdoppelung gegeben.

Vor allem in den Provinzen sterben laut dem Bericht bei Gefechten noch immer viele Menschen. Nach Angaben der UN-Mission in Afghanistan (Unama) wurden bis Oktober dieses Jahres 2117 Zivilisten getötet und 3822 verletzt.

nachmittags:

sputnik.by: **Die Minsker Polizei arbeitet im Zusammenhang mit dem „Marsch der Nachbarn“ in einem strengen Regime.**

Die Polizei warnte, dass spezielle Ausrüstung und spezielle Mittel zum Einsatz kommen könnten, wenn die Situation in der Stadt dies erfordern sollte.

Minsker Polizisten sind im Dienst, um Recht und Ordnung sowie Verkehrssicherheit zu gewährleisten, teilte die Minsker Polizeibehörde mit.

Am zweiten Sonntag in Folge halten Demonstranten an einem neuen Format fest: Sie versammeln sich in Gruppen auf ihren Höfen und gehen dann zu den Sammelstellen. Telegram-Kanäle kündigten gestern das Motto des Protestes „Marsch der Nachbarn“ an, und heute wurden die Sammelstellen festgelegt. Daher konzentriert die Polizei Spezialeinheiten, Polizisten und Spezialausrüstung in den Bezirken, und im Zentrum gibt es auch Zäune und Kontrollpunkte auf einer Reihe von Straßen.

„Die Möglichkeit, je nach Situation spezielle Ausrüstung einzusetzen, ist nicht ausgeschlossen“, sagte Natalja Ganusewitsch, offizielle Vertreterin der Minsker Polizeibehörde, am Sonntag gegenüber Sputnik und beantwortete damit eine Frage zur Art und Weise, wie die Polizei heute arbeiten wird.

Sie bemerkte auch, dass Strafverfolgungsbeamte die Bürger auffordern, nicht auf Aufrufe zur Teilnahme an nicht genehmigten Massenveranstaltungen zu reagieren.

Darüber hinaus erinnerte Ganusewitsch an die administrative und strafrechtliche Haftung, die für die Organisation solcher Veranstaltungen und die Teilnahme daran vorgesehen ist.

Außerdem ist die Polizei in den Städten aller Regionen der Republik im Einsatz.

Seit mehr als drei Monaten finden in dem Land Massenaktionen statt, die sich gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 9. August wenden. Der in der Republik geschaffene Koordinierungsrat der Opposition fordert anhaltende Proteste, die Behörden fordern ein Ende der illegalen Aktionen. Die massivsten Aktionen und Demonstrationen finden sonntags in Minsk und einigen anderen Städten statt.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/0b/1d/1046266921.jpg>

de.sputniknews.com: **Arabische Koalition greift Huthi-Basis nahe dem Flughafen Sanaa an**

Die von Saudi-Arabien angeführten Koalitionskräfte haben Luftangriffe gegen eine Militärbasis der Huthi-Rebellenbewegung in der Nähe des internationalen Flughafens der jemenitischen Hauptstadt Sanaa gestartet, meldete eine Quelle der Sanaa-Regierung gegenüber RIA Novosti.

„Die Luftwaffe der arabischen Koalition führte zwei Schläge gegen den Luftwaffenstützpunkt al-Daylami in der Nähe des internationalen Flughafens Sanaa nördlich der Hauptstadt“, so die Quelle.

Nach Angaben der Quelle befindet sich die Koalitionsluftwaffe weiterhin in der Luft über dem Gebiet.

Im Jemen kämpft ein von Saudi-Arabien angeführtes Militärbündnis seit 2015 an der Seite der Regierung gegen die aufständischen Huthi-Rebellen. Sie hatten das Land überrannt und kontrollieren heute die Hauptstadt Sanaa sowie große Gebiete vor allem im Norden und im Westen.



https://cdn12.img.sputniknews.com/img/31307/16/313071625_0:79:1500:891_1000x0_80_0_1_43ee18a0fd1ce04c625cc5eb089e8461.jpg

deutsch.rt.com: **1,2 Milliarden Menschen weltweit leiden an Wassermangel**

Wassermangel betrifft weltweit 1,2 Milliarden Menschen, Wasserknappheit über drei Milliarden - Tendenz steigend. Die Gründe sind Klimaveränderung, Bevölkerungswachstum, veränderte Ernährungsweisen und Spekulation mit Wasser. Als Folgen drohen Konflikte,

Kriege und Migration.

Weltweit leiden 1,2 Milliarden Menschen an Wassermangel. Über drei Milliarden Menschen leben in Regionen mit Wasserknappheit. Diese Zahlen veröffentlichte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen am 26. November. Besonders betroffen sind die Regionen Nordafrika, der Nahe Osten, Zentral- und Südasien. Nach Studien der FAO ist die Trinkwasser-Verfügbarkeit pro Person weltweit um 20 Prozent zurückgegangen. Gründe dafür sind Verschiebungen der Landwirtschaft auf wasserintensivere Endprodukte wie die Milch- oder Fleischproduktion. Hinzu kommt das Bevölkerungswachstum in den meist entwicklungsschwachen Regionen und die international gestiegene Nachfrage nach Trinkwasser.

Die FAO warnt, die Wasserknappheit habe auch Folgen für die Ernährungssituation. Dürren vernichten die Ernten ganzer Regionen und damit auch die Lebensperspektiven der Menschen. Etwa zehn Prozent der weltweiten agrarischen Anbauflächen werde aktuell von Dürren bedroht. Klimawandel und Veränderung der Regenfälle bringen zusätzlich Schwierigkeiten für den Regenfeldbau mit sich. Dieser macht aktuell 60 Prozent der weltweiten Getreideproduktion aus.

Die Organisation zeichnet die drastischen Folgen von Wassermangel und Missernten, die infolge der wachsenden Konkurrenz der Menschen untereinander zu Konflikten und Kriegen führen können. Diese resultieren in Migration und Flucht und betreffen damit auch Regionen, die bislang nicht an Wasserarmut leiden.

Insbesondere müsse Wasser als ein Gut an sich betrachtet werden. Wassermangel sei auch ein Resultat von Marktversagen, wenn Wasser zum Objekt für Handel und Spekulation werde. Die Plattform Börse Online schrieb am 20. November, Wasser sei "ein Anlagesektor mit dauerhaften Renditen" und ein "idealer Baustein für den langfristigen Vermögensaufbau": "Die im Wassergeschäft involvierten Unternehmen zeichnen sich durch stabile Erträge und Cashflows aus. Ein Großteil von ihnen schüttet zudem hohe Dividenden aus."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fc1156e48fbef3cf3545f48.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.11.2020

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite viermal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt. In Richtung Gorlowka haben Strafruppen des 503. Marineinfanteriebataillons der 35. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen 13 Granatgeschosse mit einem automatischen Granatwerfer die Siedlung des Gagarin-Bergwerks abgefeuert.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36.

Marineinfanteriebrigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje und Talakowka aus zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt und **Kominternowo** mit einem Antipanzerhandgranatwerfer und Schusswaffen beschossen. Außerdem hat der Gegner an diesem Abschnitt in Verletzung des ersten Punktes der Zusatzmaßnahmen **versucht, eine Kampfdrohne vom Typ „Mavic Pro“ einzusetzen, die zum Landen gezwungen werden konnte**, was es ermöglichte, tragische Folgen zu verhindern. An der Drohne wurde eine Vorrichtung zum Abwurf mit einer BOG-17-Granate gefunden.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 37. Bataillons der 56.

Panzergranadierbrigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus fünf 82mm-Mörsergeschosse in Richtung **Wesjoloje** abgefeuert und versucht, unsere Verteidiger zur Erwidern des Feuers zu provozieren und so den auf den Positionen der Brigade anwesenden Journalisten von „UA Donbass“ und „5. Kanal“ die Möglichkeit zu bieten, exklusive Videoaufnahmen zu erhalten. Aber unsere Verteidiger sind nicht auf die Provokation eingegangen.

Die Fälle von grober Verletzung des Waffenstillstands wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

In den letzten 24 Stunden wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen **22 Stück Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium stationiert** sind.

Aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade – zwei T-64-Panzer in Rosowka.

Aus dem Bestand der abziehenden 54. mechanisierten Brigade und der zu ihrer Ablösung eingetroffenen 72. mechanisierten Brigade – fünf 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“, vier 122mm-Haubitzen „Gwodika“ und vier 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“ an der Eisenbahnstation von Drushkowka.

Aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade – vier Schützenpanzer am Rand von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade – zwei Schützenpanzer und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in Bogdanowka.

Es ist wichtig anzumerken, dass das Kommando der OOS, um zu verhindern, dass die Verletzungen der Vereinbarungen bezüglich des Verbots zur Stationierung von Waffen von der OSZE-Mission entdeckt werden, die Anweisung erteilt hat, operative Gruppen aus den Verbänden zu bilden, die die Aufgabe haben, inoffiziell die OSZE-Patrouillen, die sich auf dem von den BFU kontrollierten Territorium bewegen, zu begleiten und operativ Entscheidungen zur Beschränkung des Zutritts der Beobachter zu Orten, wo verbotene Technik und Waffen stationiert sind, zu treffen. Zu den Gruppen müssen in jedem Fall Mannschaften von Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ gehören, um operativ auf Drohnen der OSZE-Mission einzuwirken.

Wir erhalten weiter **Beschwerden von Einwohnern des von der Ukraine kontrollierten Territoriums** der Oblast Donezk über Verbrechen, die von ukrainischen Kämpfern gegen die friedliche Bevölkerung begangen werden.

So haben nach vorliegenden Informationen Kämpfer der 56. Panzergranadierbrigade inzwischen eine Werkhalle zur Produktion von PVC-Konstruktionen in Peski vollständig ausgeplündert.

Bereits vor einem Monat haben die Besatzer den Zugang von Arbeitern auf das Gebiet der Werkhalle unter dem Vorwand, dass sie sich nahe an der Kontaktlinie befindet, verboten. Die Werkhalle selbst wurde als Ort zum Verstecken von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen schweren Waffen und Technik umgerüstet.

Aber in der letzten Woche haben Arbeiter der Werkhalle gemeinsam mit Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft Zugang auf das Territorium des Unternehmens erreicht, wo festgestellt

wurde, dass die gesamte Ausrüstung geplündert und abtransportiert worden war. Derzeit führt die ukrainische Staatsanwaltschaft Ermittlungsmaßnahmen durch, die für die Einleitung eines Strafverfahrens gegen das Kommando der 56. Panzergrenadierbrigade notwendig sind. Es ist wichtig anzumerken, dass die genannte Werkhalle seit 2015 in Betrieb war und für die örtlichen Einwohner notwendige Fensterteile und PVC-Rohre herstellte. Daneben war sie karitativ tätig, indem sie Einwohnern der Oblast Donezk, die unter verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Strafruppen aus den BFU gelitten haben, kostenlos Hilfe leistete.

Trotz der Erklärungen der militärisch-politischen Führung der Ukraine über den hohen Kampfgeist und die Geschlossenheit der ukrainischen Einheiten sowie den Übergang der ukrainischen Armee auf NATO-Standards stellen wir ein **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der ukrainischen Kämpfer** fest, was sich in ständigen Verletzungen der militärischen Disziplin und nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen sowie der schrittweisen Verwandlung der BFU in Banditengruppierungen mit Gefängnisregelungen zeigt.

So haben zwei ukrainischen Kämpfer, Tkatschenko, geb. 1976, und Tarassenko, geb. 1997, aus einer Feuerunterstützungskompanie des 137. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade am 26. November den neu im Truppenteil eingetroffenen Leontjew geschlagen und physisch erniedrigt, weil er sich ihren Forderungen verweigerte, einen Teil seines Solds in die „gemeinsame Kasse“ der Einheit einzuzahlen.

Später wurde Leontjew, um Kameraden einzuschüchtern, wieder von den Kämpfer Tkatschenko und Tarassenko beschlossen, mit Brennstoff übergossen und angezündet, dabei erlitt er ein geschlossenen Schädel-Hirn-Trauma und Brandverletzungen am Bein. Dabei wurden die Misshandlungen mit einem Mobilelefon festgehalten, mit der Ankündigung, die Videoaufzeichnung zu veröffentlichen, falls Leontjew seinen Widerstand fortsetzt. Alle Beteiligten an der Rechtsverletzung stammen aus der Oblast Odessa. Und die Angreifer Tkatschenko und Tarassenko waren zuvor verurteilt und verbüßten eine Strafe in Justizvollzugsanstalten der Ukraine.

Das Kommando der 35. Brigade versuchte, den Fall von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen zu verheimlichen und stellte die Verletzungen Leontjews als Folge von unvorsichtigem Umgang mit Brennstoff dar. Aber die Ärzte des Zentralkrankenhauses von Dsershinsk glaubten das nicht und riefen Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane. Tkatschenko und Tarassenko sind inzwischen festgenommen.

Der Brigadekommandeur Palas versuchte, den Fall von Unruhen gegenüber den Rechtsschutzorganen zu verheimlichen, aber die in den Massenmedien erscheinende Information halb bei der Arbeit der Staatsanwaltschaft und des militärischen Rechtsordnungsdienstes.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Ausschreitungen im 137. Bataillon abzulenken, beschuldigt das Kommando der 35. Brigade weiter fälschlich die Einheiten der Volksmiliz der Verletzungen des geltenden Waffenstillstands und des Beschusses des von der Ukraine kontrollierten Territoriums.

So arbeitet nach uns vorliegenden Informationen derzeit ein Filmteam der Informationsagentur „Radio Swoboda“ unter Leitung des Offiziers des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen Major Kaninza im Verantwortungsbereich der Marineinfanteristen im Gebiet von Jushnoje in Richtung Gorlowka. Nach uns vorliegenden Informationen erstellen die ukrainischen Propagandisten in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Informationsagentur eine Reportage über die Lage an der Kontaktlinie und Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR. Mehr noch, als sich die Journalisten mit der Bitte, die Dreharbeiten durchführen zu können, an das Kommando der OOS wandten, wurde besonders die Notwendigkeit unterstrichen, die Aufnahmen in besonders gefährlichen Gebieten vorzunehmen, wo es die Möglichkeit gibt, Beschuss zu filmen.

Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Einheiten inszenierte Beschießungen ihrer Positionen durch „freundschaftliches Feuer“ vornehmen, um eine hochwertige Reportage und eine fälschliche Beschuldigung der DVR bezüglich der Verletzung des Waffenstillstands zu erreichen.

de.sputniknews.com: **Nach Mord an Irans Kernphysiker: Teheran will IAEO-Aktivitäten im Land einschränken**

Die iranischen Parlamentarier haben eine Einschränkung der Inspektionstätigkeiten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) im Iran im Zusammenhang mit der Ermordung des Kernphysikers Mohsen Fakhrizadeh-Mahabadi gefordert, meldete Russlands ständiger Vertreter bei der IAEO, Michail Uljanow.

„Im Zusammenhang mit der Ermordung des iranischen Wissenschaftlers forderten iranische Parlamentarier den Anwendungsstopp des Zusatzprotokolls und eine Einschränkung der Inspektionsaktivitäten der IAEO im Iran. Die Motive sind verständlich, aber Emotionen helfen nicht immer, die richtige Lösung zu finden. Das Zusatzprotokoll entspricht den Interessen aller, einschließlich Teherans“, schrieb Uljanow auf Twitter. ...

de.sputniknews.com: **„Ein Fehler“: Israels Botschafter über Aufruf zu Verzicht auf russischen Corona-Impfstoff**

Der israelische Botschafter in Russland, Alexander Ben Zvi, hat die Forderung einiger Staaten, auf den russischen Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus „Sputnik V“ zu verzichten, als eine irrtümliche Entscheidung bezeichnet.

„Ich denke, das ist ein Fehler. Das ist dumm“, sagte Ben Zvi in einem Interview mit dem TV-Sender Rossija-1. ...

abends:

de.sputniknews.com: **Schoigu reagiert auf Kramp-Karrenbauers „Position der Stärke“ gegenüber Russland**

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat sich am Sonntag zu der jüngsten Erklärung seiner deutschen Amtskollegin Annegret Kramp-Karrenbauer bezüglich des Umgangs mit Russland geäußert und dabei von einem „Auftritt eines Grundschulmädchens“ gesprochen.

Schoigu hat im Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg daran erinnert, dass in diesem Jahr das im Krieg versenkte Motorschiff „Armenien“ mit den Überresten von Zivilisten im Schwarzen Meer gefunden worden sei. Dies sei eine der vielen Kriegsepisoden, über die erzählt werden sollte, so der Minister.

„Besonders, wenn die aktuelle Generation von Politikern, zum Beispiel eben in Deutschland, anfängt, uns leben zu lehren, und beginnt zu erzählen, wie man mit uns aus einer 'Position der Stärke' heraus sprechen sollte (...). Hier sieht es eher wie der Auftritt eines Grundschulmädchens mit Anfeindungen gegenüber den Schülern einer ganz anderen Schule aus, dessen Mutter oder Vater der Schuldirektor ist. Es kann sich alles leisten. Leute, wir sind in einer anderen Schule, wir haben einen anderen Direktor“, sagte Schoigu.

Auch Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des Verteidigungsministeriums, reagierte am Freitag auf Kramp-Karrenbauers Aussage und warf ihr „Unfähigkeit“ vor, „irgendetwas Bedeutendes für die wirkliche Festigung der Sicherheit in Europa vorzuschlagen“.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, hatte in einer diesbezüglichen Stellungnahme erklärt, dass Deutschland in der Position eines abhängigen

Landes sei. Dies sei nicht ihre eigene Schlussfolgerung, sondern die Anerkennung von Kramp-Karrenbauer selbst, die erklärt hätte, dass die BRD im militärischen Bereich ohne die USA nicht potent sei. Die Außenamtssprecherin erinnerte zudem daran, dass sich das zweitgrößte US-amerikanische Militärkontingent - nach Japan - in Deutschland befindet.

„Position der Stärke“

Am vergangenen Mittwoch hatte Kramp-Karrenbauer bei einem Auftritt im Bundestag gesagt, mit Russland solle aus einer „Position der Stärke“ heraus verhandelt werden.

„Auch das war immer eine gute Tradition deutscher Außenpolitik, und das sollte sie für die Zukunft auch bleiben“, sagte die Ministerin der Sitzungsmitschrift zufolge.

Laut dem Protokoll sagte Kramp-Karrenbauer weiter: Es sei „Fakt, dass die russische Seite massiv in die Modernisierung ihrer Streitkräfte investiert hat, dass sie über neue Waffen verfügt, dass die Bedrohung sehr viel evidenter geworden ist (...). Wenn wir aus einer Position der Stärke heraus hier in Verhandlungen - auch in Abrüstungsverhandlungen - kommen wollen, dann müssen wir unsere Position stärken.“

„Armenien“

Es war ein sowjetisches Motorschiff, welches mit Beginn des Krieges zu einem Sanitätstransportschiff umgebaut wurde. Im November 1941 wurde es im Schwarzen Meer von einem deutschen Bomber angegriffen und ging Berichten zufolge in nur vier Minuten unter. Zum Zeitpunkt der Tragödie soll das Schiff bis zu 7000 Menschen - Verwundete, medizinisches Personal und Evakuierte – an Bord gehabt haben.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32234/61/322346194_0:222:3022:1854_1000x54180_0_0_f85330023d73dd00d25c1ba1facbbc07.jpg

de.sputniknews.com: Corona-Impfstoff in USA ab Mitte Dezember für „prioritäre Gruppen“ verfügbar – Fauci

In den USA wird der Impfstoff gegen Coronavirus ab Mitte Dezember den „Menschengruppen mit hoher Priorität“ zur Verfügung stehen. Dies teilte der führende US-Gesundheitsexperte Anthony Fauci mit.

„Hilfe ist schon auf dem Weg. Der Impfstoff zeichnet sich am Horizont ab. Er wird Mitte Dezember für Menschen mit hoher Priorität verfügbar sein“, sagte Fauci gegenüber dem TV-Sender ABC.

Laut Fauci werde der Corona-Impfstoff die Meinung derer benötigen, die in der amerikanischen Gesellschaft großes Vertrauen der Bürger genießen. Dies werde die Resistenz jener Bürger reduzieren, die sich skeptisch gegenüber dem Corona-Impfstoff zeigen. Wie Fauci auch mitteilte, sei die Entwicklung des Impfstoffs von Wissenschaftlern beaufsichtigt worden, was die Sicherheit des Präparats garantiere.

Was mögliche Nebenwirkungen betrifft, so sagte Fauci, dass es diese bei jeder Intervention geben könne. Allerdings handle es sich dabei meistens um unmittelbare Schmerzen oder

Fieber, so Fauci.

Zuvor hatte der für das Impfprogramm der US-Regierung zuständige Vertreter, Moncef Slaoui, gegenüber dem TV-Sender CNN gesagt, dass der von BioNTech und Pfizer entwickelte Corona-Impfstoff in den USA im Fall einer Notfallzulassung bereits ab dem 11. Dezember verfügbar sein könnte.

Die Mainzer Pharmafirma BioNTech und der US-Konzern Pfizer hatten am 20. November bei der US-amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA (Food and Drug Administration) einen bereits angekündigten Antrag auf die Notfallzulassung für ihren Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus eingereicht. Als weiterer vielversprechender Impfstoffkandidat gilt jener des Unternehmens Moderna. Die US-Firma wollte auch in Kürze einen Antrag bei der FDA stellen. Weltweit werden mehrere experimentelle Impfstoffe in klinischen Studien mit Tausenden Teilnehmern erprobt.